

Die bewaffnete Neutralität braucht eine eigene Rüstungsindustrie

Autor(en): **Zoller, Matthias**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **95 (2020)**

Heft 11

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-914468>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die bewaffnete Neutralität braucht eine eigene Rüstungsindustrie

Die am 29. November 2020 zur Abstimmung kommende Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» greift nicht nur direkt die Rüstungsindustrie an. Sie gefährdet gleichzeitig Tausende Zulieferfirmen, die überwiegend für den zivilen Sektor arbeiten. Zudem schwächt sie die AHV, die Pensionskassen und die Schweizerische Nationalbank. Diese Initiative ist deshalb brandgefährlich und muss abgelehnt werden.

Matthias Zoller, SWISS ASD

Die Schweizer Rüstungsindustrie besteht im Wesentlichen aus vier verschiedenen Arten von Betrieben:

- Industrien, welche Gesamtsysteme in der Schweiz entwickeln und herstellen und aus der Schweiz heraus den internationalen Markt beliefern;
- Industrien, welche Teilsysteme oder Bestandteile von Systemen in der Schweiz entwickeln und /oder produzieren, die dann entweder direkt zur Anwendung gelangen oder exportiert und dort in Gesamtsystemen verbaut werden;

- Die RUAG AG, welche Gesamtsysteme einsatzbereit halten (Life-Cycle-Management inkl. Upgrades) sowie auch eigene Produkte und Systemlösungen entwickeln kann;
- Zulieferfirmen, welche im Auftrag der vorgenannten Betriebe Teile oder Teilsysteme fertigen oder Dienstleistungen erbringen.

Ein gemeinsames Merkmal der zwei erstgenannten Betriebsformen ist, dass sie oftmals im Besitze von ausländischen Industriekonzernen sind. Hierzu zählen rund ein gutes Dutzend Firmen, die in der Schweiz

aktiv sind. Bei den Zulieferbetrieben handelt es sich um tausende von Schweizer KMU. Alleine die vier grössten Rüstungshersteller berücksichtigen in ihren Schweizer Niederlassungen über 4600 aktive Schweizer Zulieferer.

Zur Deckung des Bedarfs an Rüstungssystemen der Schweizer Armee kommen aber auch Lieferanten in Betracht, welche über keine Niederlassung in der Schweiz verfügen.

Marktwirtschaft und der Staat

Hersteller von Rüstungsgütern sind den normalen marktwirtschaftlichen Mechanismen von Angebot und Nachfrage ausgesetzt. Sie bedienen aber auch das staatliche Bedürfnis nach Sicherheit. Das zeigt das Beispiel der EU. Sie schafft einen mit 12 Mia. Euro ausgestatteten Verteidigungsfonds, um damit in den nächsten Jahren die europäische Sicherheitsindustrie auszubauen und weiterzuentwickeln. Und die Schweiz verpflichtet die internationalen Anbieter von Gesamtsystemen dazu, im Rahmen von Rüstungsbeschaffungen der hiesigen Industrie Aufträge zu vergeben (sog. Offset).

Sie müssen dabei ihr Know-How so weit preisgeben, damit Schweizer Firmen oder hier ansässige Niederlassungen die Einsatzbereitschaft dieser Systeme sicherstellen können. So erfolgt ein Technologietransfer, der Schweizer Firmen befähigt, künftig selber Waffensysteme herzustellen. Diese Firmen werden zur sicherheitsrelevanten Technologie- und Industriebasis der Schweiz gezählt, im Fachjargon STIB genannt. Die STIB umfasst jene Unternehmen, die über das Know-How verfügen, welches zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft der heutigen Systeme (heute + 30 Jahre) und zur Herstellung der künftig benötigten Systeme (30 Jahre +) benötigt wird.

Nur mit einer hinreichenden STIB kann die Schweiz die bewaffnete Neutralität auch wirklich wahren. Sie ermöglicht



Matthias Zoller ist Generalsekretär SWISS ASD (The Aeronautics, Security and Defence Division of Swissem).

eine grösstmögliche Autonomie bei der Ausrüstung der Truppen sowie eine gewisse Unabhängigkeit der Armee vom Ausland. Beschaffungsvorhaben stehen also immer im Spannungsfeld der Bedürfnisse der Armee und der Bewertung durch die Politik hinsichtlich sicherheitspolitischer Relevanz, finanzpolitischer Möglichkeiten sowie staatspolitischer Anforderungen.

Weitere Aktion der Armeegegner

Der Zusammenhang zwischen Armee und Rüstungsindustrie ist auch den Armeegegnern bekannt. Nachdem die direkte Armeeschaffung nicht gelang, haben die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und die Jungen Grünen einen weiteren Coup geplant: Diesmal soll «kein Schweizer Geld mehr in die Kriege dieser Welt» investiert werden. Ein Anliegen, das auf den ersten Blick gut aussieht und wogegen man nicht sein kann. Aber genauso wie beim sprichwörtlichen Wolf im Schafspelz täuscht auch hier die Verpackung komplett.

Das will die Initiative

- Institutionelle Anleger (AHV, Pensionskassen, Nationalbank) dürfen nicht mehr in Unternehmen investieren, die mehr wie 5% Jahresumsatz durch Kriegsmaterial erwirtschaften. Dabei sind Zulieferer ebenso betroffen. Verboten werden Investments in jeglicher Form, wie z.B. Fonds und ähnliche Finanzprodukte.
- Der Bundesrat soll eine Regelung finden, damit auch Geschäftsbanken und Versicherungen keine Geschäfte mehr mit solchen Firmen tätigen dürfen.

Diese zwei harmlos anmutenden Regelungen haben das Potenzial einen enormen Schaden anzurichten:

Wirtschaftspolitisch: Reine Kriegsmaterialproduzenten gibt es in der Schweiz nur noch wenige. Die Initiative zielt auf Tausende KMUs, die in erster Linie als Zulieferer für den zivilen Sektor arbeiten. Gerade in Krisenzeiten kann es einem KMU schnell passieren, dass aufgrund des Wegfalls ziviler Aufträge ein einzelner Auftrag eines Rüstungskonzernes den Umsatzanteil über die Schwelle von 5 Prozent drückt. Diesen KMU soll nun der Geldhahn abgedreht werden. Der wirtschaftliche Schaden ist den Initianten egal. Mit



Bild: RAD

Skyguard 1 in der Montage bei Rheinmetall Air Defence in Zürich.

dem Finanzierungsverbot können AHV und private Pensionskassen – sowie künftig wohl auch Banken – nur noch in ausgesuchte, teure Finanzprodukte investieren und werden so unnötigen Klumpenrisiken ausgesetzt. Abgesehen davon, dass KMUs keinen Zugriff auf Kredite mehr haben, schwächt die Initiative die wichtigsten Vorsorgeinstitutionen des Volkes. Diese müssen einen gigantischen Kontrollapparat aufbauen, um die jährlich wechselnden Umsatzanteile zu erfassen und die Zulässigkeit von Geschäften zu prüfen.

Analyse

Staatspolitisch: Die Schweiz hat sich selbst dem Prinzip der bewaffneten Neutralität unterworfen und dies international deklariert. Dieser bisher erfolgreiche Weg sollte nicht ohne Not aufgegeben werden. Zu diesem Prinzip gehören eine starke Armee sowie eine eigenständige Rüstungsindustrie. Schafft man eines dieser Elemente ab, wird das ganze Prinzip infrage gestellt. Im Weiteren ist Initiative ein massiver Eingriff in die verfassungsmässig vorgeschriebene Unabhängigkeit der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Sie öffnet Tür und Tor für immer neue Vorstösse, um die SNB für politische Zwecke zu instrumentalisieren. Genauso fragwürdig ist es, wenn

der Staat den rund 1700 privaten Pensionskassen Investitionsvorgaben macht, ohne dass damit ein Missstand oder ein Problem behoben werden kann.

Sicherheitspolitisch: Für die Sicherheit unseres Landes ist es unerlässlich, über eine ausreichende industrielle Basis im Sicherheits- und Wehrtechnikbereich zu verfügen. Ohne diese können die Systeme der Schweizer Armee nicht mehr autonom einsatzbereit gehalten werden. Die Armee könnte ihren Auftrag nicht mehr erfüllen. Damit käme die GSoA ihrem eigentlichen Ziel, die Armee abzuschaffen, einen grossen Schritt näher.

Friedenspolitisch: Es ist naiv zu glauben, dass mit dieser Initiative die Welt friedlicher wird. Dass unweit der Schweiz die beiden NATO-Staaten Griechenland und Türkei am Rande einer militärischen Auseinandersetzung stehen und im Kaukasus Krieg herrscht, blenden die Initianten aus. Viel eher ist zu erwarten, dass nach Annahme der Initiative einfach Produzenten aus Ländern zum Handkuss kämen, welche die Exportkontrollen weniger restriktiv halten als die Schweiz. Die Initiative schwächt somit einzig die Sicherheit der Schweiz und gefährdet Unternehmen, die zu weit über 90 Prozent für den zivilen Sektor produzieren. +